

Bezugspreis:
Berlin/Brandenburg, monatlich 10.— M.
für ins Haus, portofrei geliefert. Post-
bezugs monatlich 10.— M., einjährig 100.—
M., dreijährig 280.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinlandgebiet, sowie die ehemalige deut-
sche Ostpreußen, Ost- und Westpreußen,
Litauen und Lettland 12.— M. für
das übrige Ausland 15.— M. Post-
belegungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Böhmen,
Mähren, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Zeit und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Reinhold“ und der
Beilage „Erziehung und Kneipen“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Feiertags einmal.

Verlagsamt: Berlin
Sozialdemokratisches Verlagsamt

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Raumzeile
kostet 1.50 M. „kleine Anzeigen“
das sechsspaltige Wort 1.50 M. (zu
Wahl zum sechsspaltigen Wort) jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellengeld
und Schlusszeilenansatz das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 1.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Verlagsamt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluss
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Hmi. Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Freitag, den 19. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Hmi. Moritzplatz, Nr. 117 53-54

Der Besetzungsplan.

Paris, 19. April. (WTB.) Nach dem „Echo de Paris“ sin-
den im Laufe dieser Woche Konferenzen statt, an denen
die militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen teilnahmen.
Es scheint jedoch, daß das etwa neu zu besetzende Gebiet schon un-
gefähr bestimmt worden ist. Es umfasse den ganzen Ruhr-
bezirk mit Ausnahme der Bezirke nordöstlich von Hamm und
östlich von Iserlohn; aber auch das südliche Gebiet bei Elberfeld, im
ganzen einen Streifen von 75 Kilometer Länge und
ungefähr 25 Kilometer Breite. Zur Besetzung glaubt
man nur sieben Divisionen nötig zu haben. Bedenken
hat das Blatt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeu-
tung des neu besetzten Gebietes. Man schätze jedoch die Einnahme,
die man erzielen könne, auf ungefähr 1 1/2 Milliarden Goldmark.
Auch das „Echo de Paris“ glaubt, daß man mit der Dienstver-
weigerung der industriellen Personalität rechnen müsse.

London, 19. April. (WTB.) „Daily Telegraph“ schreibt im
Vortitel, der Vormarsch der Franzosen in Deutschland werde mit
Zustimmung und der vollen moralischen Unterstützung des bri-
tischen und des italienischen Kabinetts unternommen
werden. Die wirklichen Schwierigkeiten für die Staatsmänner der
Alliierten und für die Militärs beständen in der genauen Fest-
setzung der Zwecke des Vormarsches; denn die militärischen Pläne
müßten unbedingt bereit sein für die wirtschaftlichen, poli-
tischen und finanziellen Ziele, die erreicht werden sollen.

Paris, 19. April. (EP.) Die Frage der gegen Deutschland an-
zunehmenden Zwangsmaßnahmen beschäftigt weiterhin die ganze
Pariser Presse. Der „Figaro“ behauptet, daß in bezug auf die
Ausbeutung des Ruhrreviers zwei Pläne erörtert werden. Der
erste sehe die militärische Einkreisung des Ruhrgebietes und
seine ausschließliche Ausbeutung auf Rechnung der Alliierten vor.
Man sei aber darauf gefaßt, daß in diesem Falle zahlreiche Direk-
toren, Ingenieure und Arbeiter das Gebiet verlassen würden.
Marschall Foch neige daher mehr dem zweiten Plane zu, wonach die
Kohlenlieferungen für Deutschland nicht eingestellt,
sondern mit einer Tonne von etwa 20 Goldmark pro Tonne
fortgeführt werden sollen. Es sei anzunehmen, daß in diesem Falle die
deutschen Direktoren, Ingenieure und Arbeiter, da die deutsche In-
dustrie weiter mit Kohlen versorgt werden könne, auf ihren Posten
verbleiben würden. Die militärische Besetzung brauchte dann auch
nicht mehr ausgedehnt werden.

London, 19. April. (WTB.) „Daily Mail“ stellt heute die
Frage, wer der Uebermensch sein werde, der das Ruhrgebiet
mit seinen zwei Städten über eine halbe Million Einwohner und
mit seinen sechs Städten von über hunderttausend Einwohnern, mit
seinen hundert Kohlenbergwerken und seinen vielen tausend For-
stern verwalten werde. Diese Aufgabe würde eine ungeheure
sein, um so mehr, als die deutschen Direktoren, Ingenieure und Ar-
beiter ihre Rufe nicht abgeben würden. Das Blatt ver-
weist, daß ein Engländer die Verwaltung dieses Gebietes zu
übernehmen haben werde.

Die dämmernde Erkenntnis.

Auch aus den französischen Pressekommentaren geht her-
vor, daß die Alliierten zwar bereit sind, zu marschieren,
daß man sich aber über die Folgen dieses Vormarsches
pölig im unklaren ist und daß man bezweifelt, ob man auf
diese Weise der Lösung des Wiedergutmachungsproblems auch
nur um einen Schritt näher kommt.

Im Zusammenhang mit dieser Kritik ist ein Vortitel
des „Temps“ von Interesse, der sich mit dem neuen
deutschen Angebot beschäftigt, soweit die Öffentlichkeit
davon unterrichtet ist. „Temps“ gibt zu, daß eine deutsche
Anleihe auf dem internationalen Markt durchaus im allge-

meinen Interesse liege und wehrt sich nur dagegen, daß die
Alliierten ihren eigenen Kredit für Deutschland hergeben. Er
ist auch mit der Uebertragung der alliierten Schuld gegen
Amerika im Prinzip einverstanden, wenn er auch zunächst eine
Festigung der deutschen Finanzen fordert und die Initiative
für diesen Schritt den Verbündeten überlassen möchte. Das
Hauptgewicht legt der „Temps“ auf die Uebernahme von
deutschen metallurgischen Industrieaktien
durch die Alliierten. Er legt Wert darauf, daß die Aktien-
mehrheit in Ententehände gelangt. Ist das der Zweck
der Uebung, so wäre allerdings eine Annäherung des deut-
schen und des alliierten Standpunktes sehr schwer. Jedoch
hier müßten die Verhandlungen Klarheit schaffen. Für uns
ist es zunächst von Wichtigkeit, festzustellen, daß man in Frank-
reich einem neuen deutschen Angebot jetzt nicht mehr das starre
„Nein!“ entgegensetzt.

Von prinzipieller Bedeutung ist es ferner, daß sich das
Organ einer Verwendung deutscher Arbeiter im
verwüsteten Gebiet als nicht grundsätzlich abgeneigt
erklärt und an die Möglichkeit eines Gesamtplanes für die
deutsch-französische Zusammenarbeit glaubt. Voraussetzung
für diesen Plan sei aber Eintritt der deutschen Sozialdemo-
kratie in die Reichsregierung. Die Deutschen, so argumentiert
der „Temps“, sprächen im Namen ihrer Sozialisten, von denen
dieser Plan ausgehe, und die sich mit Händen und Füßen
streubten, in die deutsche Regierung einzutreten. Wenn die
deutschen Linksparteien bei der Lösung des Reparationspro-
blems mitzuwirken wünschten, wie es ihre Pflicht wäre und
wie sie es könnten, so hätten sie es doch in der Hand, die Sache
in Fluß zu bringen, indem sie selbst die Macht ergriffen.

Havas demütiert die Nachricht einer Einberufung des Jahres-
kongresses 1918/19.

Das deutsche Angebot.

Brüssel, 19. April. (EP.) Ein Bericht an die Presse teilt mit,
daß die neue deutsche Note folgende Punkte enthalten wird:
1. Uebernahme eines Teils der alliierten Schulden an
Amerika;
2. eine Teilnahme der Alliierten an der deutschen In-
dustrie, die vermutlich 30 Proz. des jeweiligen Kapitals betragen
wird, in der Form von privilegierten Aktien, die vor allen anderen
Aktien den Vorrang haben;
3. einen Entwurf für den Wiederaufbau der verwüsteten
Gebiete.

England wünscht ein direktes Angebot.

Reuter verbreitet eine Meldung, in der es heißt, der englischen
Regierung seien bisher keine neuen deutschen Angebote übermittelt
worden. Für eine Vermittlung bestehe keine Notwendig-
keit, wenn Deutschland ein vernünftiges Angebot vorbrächte. In
jedem Falle werde nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ansicht der
britischen Regierung diese Frage unmittelbar zwischen
Deutschland und den Alliierten erörtert werden muß und
daß erwartet wird, daß Deutschland den ersten Schritt tut.
Die Meldung befaßt weiter, London habe keinerlei Mitteilung
über die gemeldete Absicht der Vereinigten Staaten, sich
nieder in der Reparationskommission vertreten zu lassen, erhalten.

Zusammenkunft Briand-Lloyd George.

Paris, 19. April. (WTB.) Havas meldet aus Dover: Aus
Hythe wird berichtet, daß Briand und Lloyd George wahr-
scheinlich am 23. d. M. in Compne (England) zusammenkommen
werden.

gezahlt werden. Die Wiederherstellung habe ungefähr
fünfmal so viel gekostet, als der Preis von 1914 ausmache. Es
seien also noch 26 Milliarden zu reparieren, die bei einem Koeffi-
zienten von 4 1/4 Milliarden ausmachten. Da man annehmen
könne, daß 10 bis 15 Jahre für den Wiederaufbau
notwendig seien, könne mit einer Verringerung des Koeffizienten von
3/4 für gerecht halten. Man käme also dann auf etwa 80
Milliarden. Diese Summe müßte als Maximum gelten.

Die Entwaffnung Deutschlands. Reuter meldet, daß die Ent-
waffnung Deutschlands befriedigend vor sich geht. Die Ent-
waffnung der ostpreussischen Festungen müsse noch aus-
geführt werden, deren wichtigste Königsberg sei mit 500 Geschützen.
Die Bewaffnung der anderen Festungen sei verhältnismäßig gering.

Sowjetrußland hat sich an den Vertreter der französischen Re-
gierung in Konstantinopel gewandt, um eine Rückkehr der An-
gehörigen der Franzosenarmee nach Rußland und der Ukraine
auf diplomatischem Wege zu regeln.

Brasilien gegen den Strafzoll. Die brasilianische Regierung hat
einer CB-Meldung zufolge auf das Recht verzichtet, auf
deutsche Waren eine Tonne von 50 Prozent zu erheben. Ge-
wöhnliche Einfuhrzölle auf deutsche Waren in Brasilien bleiben
ohne jede Veränderung in Kraft.

Konflikt im englischen Streik.

London, 19. April. (WTB.) Wie die Blätter melden, ist eine
neue Kompensation im Kohlenstreik eingetreten durch
die Forderung des Volkswirtschaftsausschusses der Bergarbeiter von Süd-
Wales, daß die Pumparbeiten in den Bergwerken ein-
gestellt werden sollen. Desgleichen fordern sie den Rücktritt
Hodges. Wie verlautet, wird dieser auf der Konferenz der Berg-
arbeiter am kommenden Freitag ein Vertrauensvotum ver-
langen. Die Berichte über die Beschüsse, die in den verschiedenen
Bergwerkbezirken von den Volkswirtschaftsausschüssen gefaßt werden, zei-
gen, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter entschlossen ist,
auf einer Regelung der Lohnfrage durch einen finanziellen
Ausgleich zu bestehen.

Wiederaufbaukosten.

In der französischen Kammer teilte der Berichterstatter
Dubigny mit, der Betrag der Schäden in den verwü-
steten Gebieten nach dem Wert von 1914 sei nicht geringer als
30 Milliarden. Bis jetzt habe man im ganzen 20 964 Fronten
ausgegeben, und dabei seien die Ausgaben für den Staatsbesitz mit
4 bis 5 Milliarden augenblicklichen Wertes nicht eingerechnet. 15 Mil-
liarden von dem genannten Betrage seien in Waren und Geld aus-

Urabstimmung im Ruhrbergbau.

Aus Essen wird uns vom 18. April geschrieben:
Gestern fanden wieder (wie bereits gemeldet. Red. d.
„B.“) wichtige Konferenzen der Ruhrbergarbeiter statt. Die
im Bergbau beschäftigten Mitglieder der freien Gewerk-
schaften, Arbeiter und Angestellten, hielten hier eine von
über 950 Delegierten besuchte gemeinsame Revierkonferenz
ab. Der christliche Gewerbeverein tagte in Gelsen-
kirchen, die Hirsch-Dunderschen in Wanne. Die Lage
ist verworren und kritisch geworden.

Nach vergeblichen Verhandlungen mit den Unternehmern
über einen Lohnausgleich und etwa noch nötige Ueberschich-
ten hat am 11. März das vom Reichsarbeitsministerium ein-
gesetzte Schiedsgericht entschieden: wenn die Bergleute
wöchentlich an vier Tagen achtstündige Schichten machen,
sollte bis zur Leistung dieser Ueberstunden ein Lohnausgleich
von 8 Mark an alle über zwanzigjährigen, von 6 bis zu
3 Mark herab an die jungen Arbeiter gezahlt werden. Allen
Beteiligten ist bekannt, daß die Bergleute in der achten
Schichtstunde als Ueberstunde die größte Gefahr für die ta-
rifvertragliche Siebenstundenschicht erblicken.
Diese tiefeingewurzelte Auffassung der Bergleute haben die
bisherigen Ueberschichtverträge in vernünftiger Weise be-
rücksichtigt. Der Schiedspruch hat sich darüber hinweggesetzt.

Von den Revierkonferenzen am 13. März hat nur die des
christlichen Gewerbevereins, wo der Reichsarbeitsminister
Dr. Brauns sich persönlich für den Schiedspruch einsetzte,
diesen gegen eine scharf opponierende Minderheit angenom-
men. Die Polenvereinigung beschloß auf keiner Revier-
konferenz, sondern in einem kleinen Oremium der Organi-
sationsleitung, den Schiedspruch anzunehmen. Die Revier-
konferenzen des größten Bergarbeiterverbandes und der
Hirsch-Dunderschen lehnten den Schiedspruch ab wegen der
Bindung auf die achte Stunde und der Vorhersage, der
Lohnausgleich fiele fort, wenn keine Ueberschichten mehr ver-
fahren würden. Der Schiedspruch war daher nicht durch-
führbar.

In den neuen Verhandlungen mit den Unternehmern
erklärten diese, sie hätten sogleich die Regierung wissen lassen,
daß die Schiedspruchlöhne ohne eine ober-
mäßige Kohlenpreiserhöhung nicht gezahlt
würden! Dabei blieben die Unternehmer während der
ganzen Verhandlungen. Die Regierungsvorstellung konnte
die positive Erklärung, daß sie den Arbeitern die Schieds-
gerichtslöhne garantiere, nicht abgeben. Wenn unter solchen
Umständen auch alle Arbeiterorganisationen sich für die Durch-
führung des Schiedspruchs ausgesprochen hätten, dann be-
stand noch immer die beharrliche Weigerung der Unternehmer,
die Schiedspruchlöhne zu zahlen. Entweder mußte
nun die Regierung zu der eben beschlossenen
Kohlenpreiserhöhung von brutto 28—30 M.
die Tonne eine neue von 10—15 M. zugeben,
oder es kam zu einem allgemeinen Streik im
Ruhrbergbau — für Kohlenpreiserhöhung!

Bei den neuen Verhandlungen forderten die Vertreter
der freien Gewerkschaften die Aufgabe der Bindung zwi-
schen Ueberschichten und Lohnausgleich. Man werde, wenn
notwendig, für weitere Ueberschichten eintreten, sie müßten
jedoch wie bisher auf freiem Vertrag beruhen und auto-
matisch, ohne besondere Kündigung, in Wegfall kommen. Ein
Lohnausgleich in der Höhe, wie sie der Schiedspruch vorsieht,
wurde arbeiterseits mindestens gefordert. Dieser Lohn-
ausgleich dürfe aber nicht aus einer neuen
Kohlenpreiserhöhung gezahlt werden. Nach
äußerst schwierigen Verhandlungen wurde schließlich ein Lohn-
ausgleich vereinbart, der für die erwachsenen Schichtlöhner
dasselbe bringen soll, was der Schiedspruch vorsieht. Der
Hauergrundlohn soll um 3 Mark erhöht werden, dazu ein
Lohnausgleich von 5,50 M. Die jüngeren und jugendlichen
Arbeiter sollten 1,50 M. weniger Lohnausgleich erhalten, als
im Schiedspruch steht. Dieser Lohnausgleich wird
ohne Kohlenpreiserhöhung eintreten und au-
tomatisch bleiben, wenn keine Ueberstunden mehr ver-
fahren werden. Sodann sollen zunächst wöchentlich zweimal
zwei Stunden, dann dreimal eine Stunde Ueberarbeit geleistet
werden, wenn es die Kohlennachfrage notwen-
dig macht, indessen nicht länger als bis 31. März 1922. In
den letzten Monaten sollen wöchentlich nur noch zweimal eine
Ueberstunde zu leisten sein. Päßt der Stand der Kohlennach-
frage es zu, so sind schon vor Ablauf des Abkommens die
Ueberstunden einzustellen. Die Unternehmer hatten eine
Ueberstundendauer von 24 Monaten verlangt.

Ueber diese neuen Vereinbarungen hatten am Sonntag
die Revierkonferenzen zu entscheiden. In der Konferenz der
freien Gewerkschaften traten die Leiter der Organisationen für
das neue freie Abkommen ein. Die Konferenz beschloß, über
das Angebot am 24. d. Mts. die Urabstimmung der
Mitglieder stattfinden zu lassen. Auch die Hirsch-Dunderschen
entschieden sich für Urabstimmung über das neue Abkommen.

Umgekehrt erklärte sich die Konferenz des christlichen Gewerkevereins wieder für den Schiedspruch mit der Begründung, er bringe den Arbeitern größere materielle Vorteile, insbesondere höhere Löhne, als die freie Vereinbarung.

Die Situation ist jetzt recht verworren und darum kritisch. Alle Ueberstufen sind eingestellt. Der Förderungsanfall wird von der Unternehmerseite auf 800 000 Tonnen monatlich beziffert.

So hat sich die Lage im Ruhrbergbau recht eigenartig gestaltet. Ein unter der Patronanz der Reichsregierung gestellter Schiedspruch hat sich für einen Lohnausgleich entschieden. Die Zechenherren weigern sich, diese Löhne ohne Kohlenpreiserhöhung zu zahlen. Herr Stinnes will nicht. Die Regierung gibt aber den Arbeiterorganisationen keine Garantie für die Schiedspruchslöhne. Die Gewerkschaften sind infolge des Schiedspruchs getrennt. Die neue freie Vereinbarung wird freilich 1,50 M. Schichtlohn weniger als der Schiedspruch, die vereinbarten Löhne werden jedoch, ohne Kohlenpreiserhöhung gezahlt. Die deutsche Volkswirtschaft ist schon durch viel zu hohe Kohlenpreise belastet; sollen nun noch weitere Belastungen eintreten? Die freien Gewerkschaften empfehlen ihren Mitgliedern das Ueberstunden- und Lohnabkommen ohne Kohlenpreiserhöhung. Anders der christliche Gewerkeverein. Er empfiehlt die Schiedspruchslöhne auf die offenbare Gefahr hin, daß die Volkswirtschaft mit noch höheren Kohlenpreisen belastet wird. Die Reichsregierung, der dem christlichen Gewerkeverein am nächsten stehende Parteiführer angehört, predigt uns allen Sparsamkeit, betont immerfort die Notwendigkeit einer allgemeinen Preislenkung.

Die Vorgänge im Ruhrbergbau können sich zur unheilvollen Krisis auswachsen. Das könnten wir zu den außenpolitischen Schwierigkeiten gerade noch brauchen!

Gebunden oder ungebunden?

In der „Germania“ und im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht Herr Stegerwald eine Darstellung, um darzutun, daß er bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten keinerlei Bindungen eingegangen sei. Von ihm persönlich haben wir das nie behauptet. Um so sicherer ist es aber, daß die Zentrumsfraktion, die Herrn Stegerwald als Kandidaten den anderen Koalitionsparteien präsentierte, durch ihre bevollmächtigten Unterhändler die Verpflichtung eingegangen ist, daß Herr Stegerwald zurücktreten werde, wenn seine Kabinettsbildung die Zustimmung einer Koalitionspartei nicht findet. Herr Stegerwald stellt die Dinge folgendermaßen dar:

In der Sitzung der Zentrumsfraktion vom Sonnabend, 9. April, vormittags 10 Uhr, erstatteten die Abgeordneten Geheimrat Dr. Porsch und Bronowski Bericht über das Ergebnis der vorhergegangenen Abends. Die Sozialdemokratie habe in dieser Sitzung ihren auf formelle Bindung lautenden Beschluß zurückgezogen, aber die Erwartung ausgesprochen, daß der neue Ministerpräsident in der gleichen Richtung ohne Bindung verfare. Die Vertreter der Zentrumsfraktion hätten sich aber auch darauf nicht eingelassen.

Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Sozialdemokratie hat in der Tat, als die Zentrumsvertreter darauf bestanden, daß ihr Kandidat in der Kabinettsbildung formell nach keiner Richtung hin gebunden sein dürfe, das Verlangen nach einer solchen Bindung fallen lassen. Das heißt: sie hat Herrn Stegerwald freie Hand darin gelassen, zunächst nach jeder von ihm gewünschten Richtung hin Verhandlungen anzuknüpfen. Dafür hat sie das Versprechen verlangt und empfangen, daß Stegerwald sein Amt niederlegen würde, wenn seine Kabinettsbildung die Zustimmung einer Koalitionspartei nicht fände.

August Scherl.

August Scherl, der gestern 72jährig gestorben ist, war der Bahnbrecher und später das Objekt einer Entwicklung des deutschen Journalismus, die heute mehr denn je die stärkste Aufmerksamkeit verdient. Er war der Mann, der als erster alle Mittel der modernsten Journalistik in den Dienst rücksichtsloser Bestrebungen stellte und an Stelle der langweiligen offiziellen und konservativen Presse der Vorgeist ein offizielles, rechtsgerichtetes Blatt für den Massenbedarf schuf. Kam er auf der einen Seite den Spiegeleinrichtungen und Klatschbedürfnissen unaufgelärter Schichten in bedenkenlosester Weise entgegen, so richtete er auf der anderen Seite einen großzügigen Nachrichtenendienst ein, der sein Blatt, den „Total-Anzeiger“, zu einer wichtigen Informationsquelle auch für den Politiker machte.

Die herrschenden Schichten des alten Preußen-Deutschland waren glückselig, nun neben den berüchtigten alten Rühmbäumen auch über ein Blatt zu verfügen, das die Vertretung ihrer Sache mit springeliebender Aktualität verband. Sorgte der „Total-Anzeiger“ in Berlin für die Verleumdung der Behirne, so trug die „Woche“ die Herrlichkeit des persönlichen Regiments auch ins lernste Bayernhaus. Kein Wunder, daß Herr v. Bethmann die stärksten Anstrengungen machte, den Scherlischen Presseunternehmen Hilfe zu schaffen, als sie infolge verheerender Spekulationen notleidend wurden. Damals brachte er aus der Schwerindustrie zu diesem Zweck einige Millionen auf, später mag ihm das bitter leid geworden sein, als die Scherl-presse während des Krieges seine Politik heftig beschwerte.

Damals gilt auch das Scherl-Unternehmen, die persönliche Schöpfung einer großartigen Unternehmerinitiative, in die Mächte der Welt hineingeworfen, es beschritt den Weg, den nach ihm soziale Presseunternehmen gegangen sind. Scherl wurde aufs Äußerste getrieben, ihm war die Entwicklung über den Kopf gewachsen. Wenn aber heute eine gewaltige, mit modernen Mitteln arbeitende Reaktionspresse in Deutschland besteht — der „Total-Anzeiger“-Typ fand allenthalben Nachahmung —, so ist das zu nicht geringem Teil sein Werk. Die damals herrschende liberale Presse wurde fast überall zurückgedrängt, die sozialdemokratische Presse aber, die einen erfreulichen Aufschwung nahm, hat heute mit einem Gegner zu ringen, der, mit allen Mitteln der Kapitalmacht ausgestattet, im Kampf um die Seele der Massen keine Rücksicht kennt. Politisch mußte man Scherls Werk hassen, sein Entgegenkommen an die unerwünschten Instanzen dürfte man verachten, technisch war manches von ihm zu lernen. Scherl war ein Zeitungsman großer Stils.

Zehn Jahre Vogelwarte Rossitten. Die Vogelwarte, die von der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft auf der für die Vogelforschung besonders günstigen Kurischen Nehrung in Rossitten ange-

An dieser Tatsache ändert sich auch nichts, wenn Stegerwald mittelst, daß Herr Porsch, einer der Unterhändler des Zentrums, über die Behauptung der Bindung in große Erregung geraten sei und erklärt habe:

Nichts sei vereinbart. Er, Porsch, gehöre seit fast 40 Jahren dem Landtage an, und noch nie sei er der Unwahrheit bezichtigt worden. Mit Personen, die dies heute tun würden, könne er sich nicht mehr in interfraktionellen Besprechungen und im Kabinettsrat zusammensehen.

Die Erregung des Herrn Porsch ist ganz unangebracht. Die übereinstimmende Darstellung der drei sozialdemokratischen Unterhändler (vgl. die Erklärung in der heutigen Morgenausgabe) wird befalls bestätigt von den beiden demokratischen Teilnehmern der interfraktionellen Sitzung, den Herren Dominicus und Dr. Preuß. Herr Dominicus hat insbesondere sich während der Sitzung schriftliche Aufzeichnungen gemacht, welche die sozialdemokratische Darstellung in jeder Weise bekräftigen. Wenn es überhaupt unsere Absicht wäre, diese Angelegenheit im Entrüstungstil zu behandeln, so wäre eine Erregung über Herrn Porsch weit begründeter als seine persönliche Empfindsamkeit. Daß die Darstellung des Herrn Porsch in den Reihen seiner eigenen Fraktion Zweifel erregt, beweist die inzwischen bekanntgewordene Tatsache, daß das Zentrum am Montag seinen Abgeordneten Dr. Heß zu Herrn Dominicus schickte, um ihn nochmals über seine Auffassung der Angelegenheit zu befragen. Sehr merkwürdig ist hierbei, daß Herr Dr. Heß, als Herr Dominicus ihm die Darstellung der Sozialdemokratie bestätigte, noch die zweite Frage an ihn richtete, wie er sich verhalten würde, wenn die Sache im Plenum des Hauses zur Sprache käme. Natürlich hat Dominicus auf diese Frage geantwortet, daß er auch dann nur die Wahrheit sagen könnte.

Noch merkwürdiger freilich berührt es, daß Herr Stegerwald in seinem Artikel für sich persönlich folgende Konsequenz zieht:

Nachdem ich annehmen mußte, allseitig bedingungslos gewährt zu sein, und die Vertreter der Zentrumsfraktion nach wie vor es auf das entschiedenste bestritten, eine Vereinbarung getroffen zu haben, glaubte ich, aus außer- und innerpolitischen Gründen wegen dieser nachträglichen Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien mein Mandat nicht niederlegen zu sollen.

Herr Stegerwald will also nach der Feldherrnmethode verfahren: „Hier bin ich, hier bleibe ich.“ Wenn er meint, das, was er „nachträgliche Meinungsverschiedenheiten“ nennt, was aber in Wirklichkeit vorher eingegangene Verpflichtung ist, stolz ignorieren zu können, so muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen. Für die Sozialdemokratie gäbe es jedenfalls nur eine Stellung zu einem Kabinetts, das sich von vornherein als Kabinetts des Wortbruchs präsentiert: die allerschärfste Opposition.

Sondergericht und Presse.

Aus Halle meldet uns ein eigener Drahtbericht folgendes fast ungläubliche Vorkommnis:

Bei der heutigen Verhandlung vor dem Sondergericht Halle ist den Pressevertretern von der Staatsanwaltschaft eine Erklärung überreicht worden, in der die Verwahrung gegen die Pressekritik an der Tätigkeit der Sondergerichte einlegt. Das Schreiben drückt ferner die Drohung aus, bei weiteren Kritiken die Presse von den Sitzungen auszuschließen.

Diese Ankündigung der Staatsanwaltschaft übertrifft alles bisher Dagewesene. Jedes ordentliche Gericht, das sich gegen Kritik wehrt, setzt sich dem Verdacht der Befangenheit aus. Wenn das Gericht aber gar die Presse ausschließen würde, weil es kritisiert wird, so würde es damit seine Befugnisse weit überschreiten. Das Recht der Kritik besteht aber in weit höherem Maße gegenüber den Sondergerichten, deren Recht- und Zweckmäßigkeit nicht nur von Kommunisten

bestritten wird. Diese Sondergerichte haben außerordentlich Vollmachten, sie müssen daher selbst außerordentliche Kräfte ertragen. Aber wenn die Staatsanwaltschaft eine solche Erklärung an die Presse gibt, von der unser Arbeiter spricht, dann ist das so ungebührlich und so wenig ihrer Kompetenzen fallend, daß der Justizminister allen Anlaß hätte, ihr dafür den schärfsten Rufenstüber zu geben.

Waffenschiedungen und Reaktion.

Aus dem Regierungsbezirk Straßund wird uns geschrieben: Der Regierungspräsident Dr. Haukmann als Demomachungskommissar äußert sich in der Presse des Bezirks,

„daß die Angelegenheit der Waffenschiedungen auf Rügen (Red.) b den zuständigen Stellen bekannt und mit aller erforderlichen Energie verfolgt worden ist. Der Herr Reichsanwaltschaftskommissar hat die Einziehung der Waffen durch besonders geschulte Kriminalbeamte unter Zuziehung von Vertrauensleuten des zuständigen Landrats vorgenommen. Die Vernichtung ist auf Anordnung des Reichswaffenschiedungskommissars unter Aufsicht seiner Organe bereits erfolgt. Das Strafverfahren gegen die Schuldigen ist eingeleitet.“

Die Aufdeckung der Waffenschiedungen veranlaßt die Bevölkerung lediglich der Wachsamkeit des kommissarischen Landrats Genossen Ritzel in Bergen und dem Vertrauen, daß er bei der Bevölkerung genießt. Grund genug für die Landbündelpresse, ihn in unglücklichster Form anzupöbeln! Bezeichnend ist, daß gerade in der kritischsten Zeit dieser Waffenschiedungen Sturm gegen Genossen Ritzel gelaufen wurde. Die Reaktion schloß sich gegen ihn zusammen, und bei der Wahl im Kreisstag erhielt er eine Stimme weniger als der Kandidat der Rechten, der volksparteiliche Regierungsrat Banke aus Straßund. Dabei hat die Volkspartei im Kreisstag nur 2 von 24 Stimmen! Aber die Deutschnationalen stimmten für den Volksparteiler, in der Absicht, den Genossen Ritzel unter allen Umständen zu beseitigen, und in der Ueberzeugung, daß der volksparteiliche Regierungsrat „voll und ganz“ ihr Mann sei.

Die enge Koalition zwischen Deutschnationalen und Volkspartei im Regierungsbezirk Straßund trat nicht nur hier hervor, sie ist auch in anderen Kreisstagen festzustellen, und dem Führer der Partei im Bezirk, dem Oberregierungsrat Dr. Höhnert in Straßund, sagt man geradezu eine Verbrüderung mit dem Landbund nach. Wie hätte sich wohl eine im Bezirk „regierende“ Deutsche Volkspartei, ein volksparteilicher landräulicher Vertrauensmann des Landbundes, gegenüber den Waffenschiedungen verhalten, einer Gefahr gegenüber, die nun durch das Zusammenwirken eines demokratischen Präsidenten mit einem sozialdemokratischen Landrat — hoffentlich restlos — beseitigt ist!

Ein menschenfreundlicher Gutsbesitzer.

In der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ war kürzlich folgendes Inserat zu lesen:

Zweiter Beamter zum 15. April oder später gesucht. Gehalt 100 Mark monatlich. Bett ist mitzubringen. Nittergutsverwaltung Strenganz, Post Prielros (Markt).

Dieses Inserat enthält die Beamtenfreundlichkeit unserer Agrarier in geradezu ergreifender Weise. Dieselben Leute, die in den Parlamenten angeblich nicht genug für die Notlage der Beamten tun können, mögen es, einem Beamten einen Hungerlohn anzubieten, der zum Sterben kaum zu viel, zum Leben aber sicher zu wenig ist. Der Agrarier als Arbeitgeber spielte seit jeher stets in Deutschland eine besondere Rolle. Daß derartige Inserate in einem führenden Blatt des Großgrundbesitzes möglich sind, läßt beinahe die Tatsache vergessen, daß seit den glorreichen Zeiten der bäuerlichen Selbstbesitzung mehr als hundert Jahre vergangen sind. Trotz alledem ist zu befürchten, daß bei der durch die Hungerungsnotlage des Großgrundbesitzes im Volke geschaffenen Notlage sich Menschen finden, die diesem schamlosen Ausbeuter gefällig sein müssen.

In diese wunderbaren Dinge, die durch viertausend Jahre hindurch unversehrt geblieben sind.

Elektrisches Haarschneidegerät. Die Möglichkeiten für die Verwendung der Elektrizität als Arbeitskraft scheinen unerschöpflich zu sein. Von einer Chicagoer Firma ist jetzt eine elektrische Haarschneidemaschine auf den Markt gebracht und damit auch zur Rekonstruktion des Friseurgewerbes ein weiterer Schritt getan worden. In seinem Aufbau gleicht der neue, mit einem kleinen Elektromotor angetriebene Schneideapparat den Haarschneidemaschinen für den Handgebrauch, verrichtet aber im Gegensatz zu diesen selbständig alle Operationen, für die bisher Schere und Handmaschine benutzt werden; er nimmt die kurzen Haare im Genick und an den Halsseiten fort, stutzt das lange Haar und zieht saubere Linien über der Stirn und um die Ohren. Der Apparat soll bei der Haarschneidverrichtung erheblich Zeit sparen; bei seiner Benutzung braucht der Barbier den Apparat nur leicht zu führen.

Prof. Peter Wehrndt hält heute abend 8 Uhr in der Deutschen Hochschule für Politik im Rahmen des Abendkursus „Wirtschaft und Technik“ einen Lichtbildvortrag über „Industrielle Bauten“. Karten sind an der Abendkasse, Scheinplatz 6, erhältlich.

Naturwissenschaftliche Lehrgänge. Die für Lehrer und Lehrkräfte eingerichteten Lehrgänge für den naturwissenschaftlichen Unterricht im Sommer 1921 beginnen bereits Ende April, teils in der ersten Hälfte des Monats Mai und dauern in der Regel zwölf Wochen. Meldungen sind mündlich oder schriftlich an den Direktor der Hochschule, Geh. Reg. R. v. Hahn, Postdammer Str. 130 (Erdgeschoss) wochentags außer Sonn- und Feiertagen von 10—3 Uhr zu richten. Die Gebühr für jeden Lehrgang beträgt 30 M.

In der Komischen Oper beginnt am 1. Mai die Oper „Die Zeit“ unter Leitung von Dr. Felix Schiller. Zur Aufführung gelangt zuerst die Oper „Mit Heideberg“ nach dem gleichnamigen Schauspiel von Peter Heister. Musik von Gajjerott.

Arbeitsgemeinschaft für Deutsches Wandern. Donnerstag, 28. April, 8 Uhr, im Oberlichtsal der Götterhalle, Bernburger Straße 22/23: Lichtbild-Vortrag, Prof. Dr. Duell: „Brasilien und das nördliche Südamerika“.

Postdammer Anstifter. Als die Postdammer Stadtverordnetenversammlung neulich einen Garantiefonds für die in diesem Sommer geplanten Anstifterveranstaltungen beschloß, stellte ein maßgebendes Mitglied den Antrag, man solle darauf achten, daß auf den Anstifterveranstaltungen wenigstens das Oben und Unten zu unterscheiden und zu erkennen sei, wie sich Kopf und Kumpf, Arme und Beine zusammenschließen! — Das ist ja nicht verlangt, die neuen Kunst hat — so behaupten die Kenner wenigstens — kein Unten und Oben mehr.

Ein deutsches Theater in Gaudenz. In Gaudenz ist ein deutsches Kulturunternehmen, die „Deutsche Bühne Gaudenz“, gegründet worden. Es will, wie in Bromberg, ein deutsches Theater schaffen, das die Verbindung der deutsch sprechenden Bevölkerung mit dem deutschen Geistes- und Kulturleben ausbreitet und erhält.

Berichte mit drahtloser Telephonie landen auf Veranstaltung des telegraphen-technischen Reichsamts Sonntag mittags 10 Uhr im Radiohaus in Berlin. Der Bericht ist ausgezeichnet gehalten. Auch drahtlose Nachrichtenübermittlung gelang vorzüglich.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Niederlage in Mitteldeutschland.
Halle, 19. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den Wahlen zu den Betriebsräten in Mitteldeutschland, die sich durch die Märzereignisse verzögert haben, sind nach den bisher festgestellten Ergebnissen von 40 Werken folgende Resultate bekannt. Es sind gewählt: 222 Mitglieder des Bergarbeiterverbandes, 2 Unionisten, 1 Hirsch-Dunker, 11 Kommunisten in Mitteldeutschland abgewirtschaftet haben.

Eine endlose Generalversammlung.
Der Deutsche Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin) schickte am Montag in der Böhmer-Brauerei seine verlorene Generalversammlung fort. Ueber den Jahresbericht für 1920 referierte Ziska. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Metallindustrie in der ersten Hälfte des Berichtsjahres leidlich prosperierte, in der zweiten aber einen großen Niedergang zu verzeichnen hatte, der zu einer gewaltigen Steigerung der Arbeitslosigkeit führte. Burszeit dürfte die Zahl der Arbeitslosen auf rund 30 000 zu schätzen sein. Dieser Niedergang habe ungünstig auf die Initiative der Arbeiterschaft gewirkt.
Im Laufe der folgenden Diskussion wurden seitens der Kommunisten mehrere Resolutionen eingebracht, die zu sehr langen und zeitweise erregten Debatten führten. Besonders wandten sie sich gegen den bekannten Beschluß des erweiterten Beirats, der den Vorstand verpflichtet, gegen solche Mitglieder mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen, die in Befolgung der von der kommunistischen Internationale aufgestellten Forderung eine die Interessen des Verbandes und seine Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben. Stürmischen Unwillen löste die Forderung eines kommunistischen Redners aus, daß die Arbeitslosen, wenn nichts gegen die Arbeitslosigkeit geschehe, schließlich in die Betriebe gehen und sich den Unternehmern billiger anbieten würden. Die Versammlung mußte der vorgerückten Zeit wegen wieder vertagt werden.

Transportarbeiterstreik in München. In einer stark besuchten Versammlung ist Montagabend mit großer Mehrheit der Streik für das gesamte Transportgewerbe Münchens infolge von Lohnforderungen beschlossen worden.

Die Angestellten in der Borslauer Metallindustrie haben am Montagabend beschlossen, vom Mittwoch, den 20. April, ab in den allgemeinen Ausstand zu treten. Es kommen bei diesem Streik ungefähr 3000 kaufmännische und technische Angestellte in Frage.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe „Metallische Berufe“ Mittwoch, 19. April, 19 Uhr, „Schultheiß“, Brückenstr. 68, „Brandenburgerhalle“ mit Vortrag.

Wirtschaft

Rationalisierung der Gütererzeugung unter Staatskontrolle.
Die günstig die staatliche Kontrolle und rationelle Vereinheitlichung der Industrie wirkt, zeigt der Bericht, den der Vorsitzende des amerikanischen industriellen Kriegsausschusses, der bekannte Bankier Bernard M. Baruch, über die Tätigkeit des Amtes während der Kriegszeit gibt.

Während bei dem Posten „Stahl und Eisen“ war es durch vernünftige Preispolitik möglich, den Vereinigten Staaten über 3 Milliarden Dollars während der verhältnismäßig kurzen Kriegszeit zu retten. „Der charakteristischste und beherrschende Zug im ganzen Schema der Ueberwachung der industriellen Kräfte“ führt der Bericht aus, „war das Vorzugssystem, das die Reihenfolge, nach der die Güter hergestellt und befördert werden mußten, entsprechend der Wichtigkeit ihres Bedarfs regelte.“

Es erstreckte sich auf Hunderte von Industrien, Tausende von Betrieben und Millionen von Konsumenten. In der Konserndüchsenindustrie allein wurden 200 000 Tonnen Weichblech durch Verarbeitung von Rohmaterial erspart. Die einfache Anordnung, daß die Zwirnfabrikanten 200 statt 150 Yards auf jede Spule aufwickeln sollten, machte 600 Güterwagen im Jahr für andere Zwecke frei. Aushebung des Gebrauchs von Zinn für die Gewinnung rascher Seidenstoffe rettete 50 Tonnen des unerschöpflichen Metalls. Durch Verpackung bestimmter Waren in Ballen, statt in Kisten, ersparte man 17 312 Wagenladungen Frachtraum, 140 000 Kartons und beinahe eine halbe Million Holzstifte.

Die Vereinfachung und Beschränkung der Stilarten, Modelle und Probezeugnisse in der gesamten Industrie, die Umstellung nutzloser Leistungen und Praktiken schuf solche Ersparnisse an Arbeit, Material, Betriebskräften und Transportmitteln, daß sich damit zum erstenmal die übliche erschreckende Vergeudung und Verschwendung in Industrie und Handel enthielt.

Die durch das Ausschussamt bewirkten Ersparnisse waren so schlagend, daß man überlegen muß, ob sie nicht den Weg zu künftiger Reform im Erzeugungs- und Verteilungsprozess weisen, einer Reform, die unzweifelhaft geeignet ist, in reichem Maße den elementaren Komfort für jeden einzelnen zu beschaffen.

Herr Baruch ist, so schreibt die „F. P.“, sicher kein Bolschewist oder Radikaler, wenn ihn auch die Gewalt der Tatsachen zu Schlussfolgerungen geführt hat, die der sozialistischen Lehre günstig sind. Die Haltung des noch bestehenden Kriegsausschusses, von

dessen Mitgliedern auch nicht einer die sofortige Anwendung der Sparmethoden für die öffentliche Wohlfahrt begünstigt, ist davon unberührt geblieben. Sie begünstigt die Kapitalisierung der Industrie zum besten der Eigentümer der Produktionsmittel.

Der Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet. Für Waren, die nach dem besetzten Gebiet gehen oder von dort kommen, wird eine Zulassungsgenehmigung bzw. Abfassungsgenehmigung eingeführt. Die der Genehmigungspflicht unterworfenen Waren werden in einer besonderen Liste veröffentlicht. Der Sinn der Verordnung ist, den Zutritt unerwünschter und den Ablauf lebensnotwendiger Waren zu verhindern. Bei der Aufstellung der Liste soll der Außenhandelskontrollauschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats gehört werden.

Stinnes in Oesterreich. Laut „Dema“ hat Hugo Stinnes die Majorität der Greiner Aktien-Gesellschaft für Eisenhandel in Graz, der Verkaufsorganisation der Alpen Montan Gesellschaft, erworben.

Erhöhung des Zinsfußes in Oesterreich. Die Oesterreichisch-ungarische Bank hat vom 15. April ab den Zinsfuß um 1 Proz. für den Diskont von Wechseln, Warrants und Effekten auf 6 Proz., den für Darlehen auf Wertpapiere auf 7 Proz. erhöht.

Aus aller Welt.

Einbruch bei einem Rattowitzer Juwelier. Montag früh gegen 3 Uhr wurde bei einem Juwelier in Rattow das Schaufenster zertrümmert. Die Diebe stahlen Goldwaren, Uhren, Brillanten im Werte von mehr als 60 000 M.

Ein Apobekamer erschossen. Der Apobekamer Oadhand wurde gestern Abend auf dem Wege zwischen Schwarzwald und Priebronschütte von Banditen aus dem Hinterhalt durch mehrere Schüsse getötet. Die Mörder sind noch nicht ermittelt.

Verhaftung eines Raubmörders. Der geistige Urheber und Hauptschuldige an dem Erlangenmörder Raubmord, jedenfalls auf dem Lohntransport der Feste Umscher-Lippe, der Rikabe Müller, der seit der Tat flüchtig war, ist in Regensburg verhaftet worden. Im Besitz des Gefangenen fand man eine große Summe Geldes, das aus dem Raub herrührt.

Der Künstlerstreik am Dresdener Albert-Theater. Der Künstlerstreik am Dresdener Albert-Theater, der mehrere Wochen dauerte, ist nunmehr durch Vermittlung des deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen beendet worden, nachdem betriebliche Erklärungen der Beteiligten abgegeben worden waren. Gestern hat die Künstlerchaft bereits ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Verantw. für den deutsch. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Krainzert: Dr. Müller, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Berlin SW 68, No. 100.

Carl Zobel Herren-Moden fertig und nach Maß

Berlin SO 16, Cöpenickerstraße 121, Ecke Michaelkirchstraße
Alle Größen vorhanden — Reiches Stofflager — Stets Neuheiten — Werkstatt im Hause
Gegründet 1886 — Prämiert mit Staatspreisen — Goldene Medaillen — Ehrenpreise — Telefon: Moritzplatz 2604

METROPOL
Böhrenstraße 54
Präzise 7 1/2 Uhr
12 Schlagler.

Alte Hüte
werden auf neu umgeputzt
Damenhüte umstellen 16.—
Spez. Herrenhüte 16.—
L. Krüger Siegfried-
straße 25-26,
am Bahnhof Hermannstraße.

Fahrrad-Reifen
repariert. Guter Garantie
für Haltbarkeit. Neue Fahr-
radreifen von 27.45— an.
Rob. Schurrbusch Neu-
stadt, Sobrechtstr. 73, n. Berni-Pl.

Wäscheleibstuhl
ausgeschliffen, wenn Blöcher-
tröcher „Büg“ benutzt wird.
Ersatzteile für alle Größen.
Herrn- und Damen-Handel.
Damen-Becken als Verkaufsst.

**Die Anfertigung moderner Korsetts, Reform-
Korsetts, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.**
aus einwandigen Stoffen unter Hinzunahme
besten Materials, als auch Reinigung
und Wiederherstellung gealterter Korsetts
übernimmt bei billigster Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 53
2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 30
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23 Ecke Alie
Jakobstraße

Stottern
Sammln. Lippin
Alumet
Angewandte
Sprechen
Dr. Schroeder
Spezialinstitut
Berlin W. Lützowstr. 30. (Bor. 4-2. anst. Sonnabend u. Sonntag)

Keine Schwindel- nur reelle Preise
Platin- Gold-, Silbersachen, Brillanten
Uhren, Ringe, Schmucksachen
ausländ. Münzen, Ferngläser,
Operngläser, Prismengläser,
Zeiss, Quert, Photos usw.
Berlin S 42. Oranienstr. 133, a. Moritzpl.
Tel. Mpl. 14172

**Wer! garantiert für guten Sitz und
Verarbeitung!**
Großes Stofflager
Max Motel, Schreiberstr., Rentöln.
Ringbahnstr. 33. Tel. 909.
Diese Annehmungen und Sanftschreiben.

**Alt-
Metalle** **Blei
Zinn** **Metall-
Abfälle**
Rückstände
kauft
A. Iden & Lange
Charlottenburg, Wallstr. 30
Tel. Wilhelm 5049

Das Tagesgespräch von Neukölln
bilden unsere staunend billigen Preise
in erstklassigen Qualitätsschuhwaren.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft
Wir bringen in der kommenden Woche:

Eleg. schwarze Halbschuhe	Braune Damen- Halbschuhe echt Chevreau, eleg. Form	Eleg. schwarze Hoch-Dam.-Stfl. Lackkappe
69⁰⁰	98⁵⁰	98⁰⁰
Prima Rindbox- u. Roßchevreau- Herren-Stiefel	Elegante braune Herren-Stiefel	Lack- Spangenschuhe eleganter Straßenschuh
98⁰⁰	178⁰⁰	138⁰⁰

Für die Schule
Schwarze Kinder-Schnürstiefel Größen 27-30 Mk. 68⁰⁰ Größen 31-35 Mk. 69⁰⁰

Deutsche Schuh - Centrale
Größtes Spezialhaus des Südens
Kottbuser Damm 13, Ecke Schönleinstr.
Wir bitten genau auf die Hausnummer zu achten, da wir keine Filialen unterhalten!
Besichtigen Sie unsere 4 Schaufenster!

Stoffe
Herren- Anzug- und
Damen- Paletotstoffe,
Kostüm- und
Unterstoffe
Preis 30.—, 100.—, 150.—, 200.— Wert.
Für langjährige Verbindungen mit erprobten
Fabrikanten bürge ich preiswerte, gute Qualitäten.
Geht 1923 Tuch-Lager G. m. b. H.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

**Kaffee-
Rösterei**
A. Wiatrak Nachfolger
Hugo Baumgärtner
Berlin SO 16, Cöpenicker-Str. 75adbrückenstr.

**Täglich frisch gekümmte
Bönnenkaffees**
Spezialisiert
Guatemalca
Mischungen
In Kaffee-Ersatz-Mischungen

Oberlandesgerichten 11
außer nachgem. Rechtsberatung, Wahrung schwerer
Fälle, Ede. Wilmanns, Berlin, Jörn. Ermittlungen,
Potsdamer Str. 115, Elßner 3494, Direktor Fabisch.

Jeder Eisenbahner
der vorwärts strebt, er nach dem Grundgesetz
„Jeder Bahn dem pfligt“ sich durch ein
solches Fach, aber sich bilden will
test
zur Vervollständigung seiner Berufskenntnisse
unserer hochentwickelten Fachliteratur

Die Eisenbahnschule
offentliches Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahnschulen
und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.
Interessante Artikel, wertvolle Abbildungen.
Was dem Inhalt: Demotivierung im Eisen-
bahnenwesen. — Die Anweisung der Siemens-
Werke. — Reservierungen in Signalwesen. —
Kolomonstetel mit Überzieh. — Wägelhand-
angelegen. — Elektrisches Aweilen in Eisen-
bahnenwerken. — Der Aufbau des Eisen-
bahnenwesens. — Die Verwendung von Kupfer-
Zink- und Zinn-Geleitschichten. — Der Kolomonstetel.
— Die Telegraphen. — Elektrische
Schneefahrer — und vieles andere mehr.
Verlagspreis 1200 Mark unter Anrechnung
Mark 4.— pro Vierteljahr durch die Post bezogen
Mark 4.— monatlich Mark 0.50 Vierteljahr.
Bestellen Sie sofort 1000 Exemplare.
Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.
Anerkannt vordr. u. w. ungenanntes Institut.
Anerkannt in der Eisenbahnschule haben
den größten Erfolg, die Eisenbahnschule ist
nachweisbar aus Eisenbahnschulen, sowie
ca. 30 000 Schülern der Eisenbahnschulen zu-
kommen. In 100 Schulen im ganzen
Reich verbreitet. — Man verlange Probe.
Verlag A. Wiese, Berlin SW, Köpenicker-
Str. 109.
Tel. Karlsruh 4015, Berlin 89475, Telegr. Dismaria